

Sachverhalt:

Der Rettungsdienst Eigenbetrieb des Landkreises hat gemäß seiner Betriebssatzung¹, des Wirtschaftsplanes 2005², den gesetzlichen Vorschriften, insbesondere der Eigenbetriebsverordnung des Landes Brandenburg – EigV, und der sonstigen Vorschriften im Jahre 2005 die Aufgaben des Landkreises als Träger des bodengebundenen Rettungsdienstes in seinem Gebiet gemäß Brandenburgischem Rettungsdienstgesetz – BbgRettG wahrgenommen.

Aufgrund des § 22 EigV hat der Eigenbetrieb zum Ende des Wirtschaftsjahres 2005 einen aus der Bilanz (§ 23 EigV), der Gewinn- und Verlustrechnung (§ 24 EigV) und dem Anhang (§ 25 EigV) bestehenden Jahresabschluss sowie einen Lagebericht (Anlage 2) erstellt.

Die allgemeinen Vorschriften, die Vorschriften über den Ansatz, die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung, die Bewertung und über den Anhang für den Jahresabschluss der großen Kapitalgesellschaften im Dritten Buch des Handelsgesetzbuches fanden dabei entsprechende Anwendung, soweit sich aus der Eigenbetriebsverordnung nichts anderes ergibt.

Mit dem Jahresabschluss wurde nach den inhaltlichen Schwerpunkten gemäß § 22 Absatz 2 EigV ein Lagebericht erstellt. Im Lagebericht wird sich zum Geschäftsverlauf und zur Lage des Eigenbetriebes geäußert sowie Hinweise auf wesentliche Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung gegeben.

Der Rettungsdienst Eigenbetrieb des Landkreises umfasste im Geschäftsjahr 2005 neben der Verwaltung mit Zentraler Abrechnungsstelle die Leitstelle des Landkreises. Für die Durchführung der Aufgaben des Rettungsdienstes in der Notfallrettung, den qualifizierten Krankentransport sowie die Sicherstellung der Sofortreaktion bei folgenschweren Ereignissen mit einer Vielzahl Verletzter oder Erkrankter (§ 2 Abs. 1 BbgRettG) wurden 8 Rettungswachen unterhalten und die notärztliche Versorgung durch die beauftragten Krankenhäuser im Landkreis sichergestellt.

Durch öffentlich-rechtliche Verträge sind folgende Leistungserbringer im Namen des Landkreises im Rettungsdienst tätig:

Kreisverband Teltow-Spreewald e.V. des DRK

Vertrag vom 25.11.1997 über den Betrieb von Rettungswachen in Mahlow, Ludwigsfelde, Zossen, Luckenwalde, Jüterbog und Petkus

Kreisverband Potsdam, Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming der Johanniter Unfall Hilfe

Vertrag vom 22.01.1998 über den Betrieb der Rettungswache Trebbin

¹ Amtsblatt für den Landkreis Teltow-Fläming Nr. 7 vom 15.03.2001, geändert durch Satzung zur Änderung der Betriebssatzung vom 19.11.2001 (Amtsblatt für den Landkreis Teltow-Fläming Nr. 30 vom 28.11.2001)

² Beschlussvorlage Kreistag Nr. 3-0434/05-II vom 21.03.2005

Arbeiter-Samariter-Bund, OV Dahme

Vertrag vom 30.11.1994, geändert durch 1. Änderung vom 05.01.1998 über den Betrieb der Rettungswache Dahme

DRK Krankenhaus Luckenwalde

Vertrag vom 17.11.1999 über die Durchführung der notärztlichen Versorgung im Rettungsdienst

Evangelisches Krankenhaus Ludwigsfelde

Vereinbarung vom 27. Juli 2002 über die Sicherstellung des Notarztsystems für den Rettungsdienst

Im Verlaufe des Geschäftsjahres hatte der Eigenbetrieb auf mehrere nachhaltige Veränderungen der Rahmenbedingungen des Rettungsdienstes mit entsprechenden finanziellen Auswirkungen zu reagieren.

In weiterer Umsetzung der Richtlinien über die Verordnung von Krankenfahrten, Krankentransportleistungen und Rettungsfahrten (Krankentransport-Richtlinien)³ ist die Anzahl der abrechenbaren Einsätze im qualifizierten Krankentransport weiter rückläufig. Innerhalb von zwei Jahren ist der Bedarf um 23 % auf 3.623 Einsätze zurückgegangen. Tendenziell wird sich diese Entwicklung noch fortsetzen.

Gleichzeitig fungiert der Rettungsdienst über die Notfallrettung immer stärker als Leistungsreserve für das vertragsärztliche Versorgungssystem/Bereitschaftssystem. Im Zuge dieser Entwicklung stiegen die Einsatzzahlen in der Notfallrettung um 7,09 Prozent.

Die Umsetzung des Arbeitszeitgesetzes, welches die durchschnittliche wöchentliche Höchstarbeitszeit auf 48 Wochenstunden begrenzt, führt zur Anpassung der Vollzeitstellen bei den Leistungserbringern.

Das Oberverwaltungsgericht Brandenburg – Berlin hat den von der AOK für das Land Brandenburg eingereichten Normenkontrollantrag vom 22. Februar 2005 zur Gebührensatzung 2003 zugelassen. Auf die Klage wurde bisher unter weiterem fachlichen Beistand erwidert.

Jahresergebnis

Die betrieblichen Erträge betragen im Geschäftsjahr 2005 EUR 7.136.076,84. Gegenüber dem Erfolgsplan 2005 wurden damit TEUR 417 oder 2,96 % mehr eingenommen als geplant. Der Anteil der Umsatzerlöse aus Leistungen des Rettungsdienstes beträgt mit EUR 6.788.986,35 95,1 Prozent. Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen im Jahre 2005 EUR 347.180,49. Im Wesentlichen resultieren diese aus dem Zuschuss des Landkreises in Höhe von TEUR 296,4 für die Leitstelle aus deren Aufgabenanteil im Brand- und Katastrophenschutz.

³ Veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 18 vom 28. Januar 2004

Die Summe der Aufwendungen lag im gleichen Zeitraum mit EUR 6.819.930,84 um EUR 118.480 oder 1,7 Prozent unter dem Erfolgsplan 2005, der hier EUR 6.938.410 ausweist. Gegenüber dem Jahresergebnis 2004 erhöhten sich die Aufwendungen um TEUR 266 oder 3,8 Prozent.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit lag bei EUR 340.052,16. Unter Berücksichtigung des Ergebnisses des Kostendeckungsausgleichs wurde 2005 ein Jahresgewinn in Höhe von EUR 53.320,16 erzielt. Der Gewinn entspricht in seiner Höhe der planmäßigen kalkulierten Verzinsung des aufgewendeten Eigenkapitals.

Erläuterung der Ertragslage

Die Erfolgsrechnung zeigt für 2005 eine gegenüber dem Vorjahr deutlich verbesserte Ertragslage des Eigenbetriebes. Der Jahresverlust im Jahr 2004 war auf die zusätzlichen Rückstellungen für das von der AOK – Land Brandenburg beantragte Normenkontrollverfahren zurückzuführen.

	2005		2004	
	TEUR	%	TEUR	%
Betriebliche Erlöse	6.789	95,6	5.983	95,4
Sonstige betriebliche Erträge (ohne neutrale Posten)	<u>311</u>	<u>4,4</u>	<u>289</u>	<u>4,6</u>
<u>Betriebsleistung</u>	7.100	100,0	6.272	100,0
Materialaufwand	<u>4.834</u>	<u>68,1</u>	<u>4.632</u>	<u>73,9</u>
<u>Rohergebnis</u>	<u>2.266</u>	<u>31,9</u>	<u>1.640</u>	<u>26,1</u>
Personalkosten	776	10,9	748	11,9
Anlagenabschreibungen	322	4,5	347	5,5
Kraftfahrzeugkosten	241	3,4	210	3,3
Verwaltungsaufwand	187	2,6	218	3,5
Raum- und Grundstücksaufwand	175	2,5	156	2,5
Instandhaltungsaufwand	78	1,1	71	1,1
Übrige betriebliche Aufwendungen (ohne neutrale Posten)	<u>146</u>	<u>2,1</u>	<u>164</u>	<u>2,6</u>
Betriebsaufwand	1.925	27,2	1.914	30,6
Betriebsergebnis	<u>341</u>	<u>4,7</u>	<u>-274</u>	<u>-4,5</u>
Finanzergebnis	24	0,4	21	0,4
Neutrales Ergebnis	<u>-312</u>	<u>-4,4</u>	<u>-64</u>	<u>-1,0</u>
Jahresgewinn	<u><u>53</u></u>	<u><u>0,7</u></u>	<u><u>-317</u></u>	<u><u>-5,1</u></u>

Die Umsatzerlöse haben sich im Geschäftsjahr 2005 gegenüber dem Vorjahr um TEUR 806 auf TEUR 6.789 erhöht.

	2005 <u>EUR</u>	2004 <u>TEUR</u>
Erlöse aus Krankentransportleistungen	637.453,85	553
Erlöse aus Notfallrettung	6.139.985,80	5.422
Erlöse aus Sicherstellung Brandabsicherung	<u>11.456,70</u>	<u>8</u>
	<u>6.788.896,35</u>	<u>5.983</u>

Die Erlöse aus Krankentransportleistungen wurden aus 3.623 Einsätzen erzielt. Das sind 177 Einsätze weniger als für 2005 kalkuliert. Gegenüber dem Erfolgsplan 2005 beträgt die Abweichung TEUR 27,2.

In der Notfallrettung wurden gegenüber dem Erfolgsplan 2005, der von einem Leistungsumfang von 10.900 Einsätzen und Erlösen in Höhe von EUR 5.693.100 ausgegangen ist, 930 Einsätze bzw. EUR 446.885 mehr realisiert. Gegenüber dem Jahr 2004 beträgt in diesem Bereich die Leistungssteigerung 12,9 % oder TEUR 716. Nach Maßgabe der Gebührensatzung hat der Landkreis im Jahre 2005 den Aufwand für die rettungsdienstliche Absicherung von Einsätzen der Feuerwehren erstattet.

Als sonstige betriebliche Erträge (ohne neutrale Posten) wurden durch den Landkreis Zuschüsse für die Leitstelle in Höhe von EUR 296.382,94 geleistet. Er erstattet damit den entsprechenden Aufgabenanteil im Brand- und Katastrophenschutz, der regelmäßig bei 40 % liegt.

Der Materialaufwand erfasst Ausgaben für medizinische Verbrauchsmaterialien in Höhe von TEUR 187,6 sowie die Aufwendungen für die von den beauftragten Leistungserbringern bezogenen Leistungen in Höhe von TEUR 4.646, davon Aufwendungen für die Bereitstellung von Notärzten durch die Krankenhäuser in Höhe von TEUR 705 oder 15 %. Der Anteil des Verwaltungsaufwandes bei den Leistungserbringern beträgt 3,8 %.

Der Anteil des Materialaufwandes an der Betriebsleistung verminderte sich gegenüber dem Vorjahr 2004 von 73,9 % auf 68,1 %. Infolgedessen hat sich der Anteil des Rohergebnisses an der Betriebsleistung auf 31,9 % erhöht.

Der Anteil des Betriebsaufwandes an der Betriebsleistung erhöhte sich absolut gegenüber dem Vorjahr um TEUR 11. Den größten Posten bilden die Personalkosten des Eigenbetriebes in Höhe von TEUR 776.

Der Verwaltungsaufwand enthält Erstattungen an den Landkreis für die Aufgabenerfüllung durch Querschnittsämter in Höhe von TEUR 92. Auf der Basis der Kosten eines Arbeitsplatzes (KGST) bilden sie ein Äquivalent zur Inanspruchnahme von Leistungen der Ämter der Kreisverwaltung.

Die Raum- und Grundstückskosten resultieren aus dem Aufwand für Mieten und Betriebskosten der Rettungswachen und des Eigenbetriebes.

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen erfassen die Wirtschaftsaufwendungen unter anderem für Berufsbekleidung des Rettungsdienstpersonals, Ausgaben für Aus- und Fortbildung, arbeitsmedizinische Untersuchungen sowie Reisekosten und vermögensbildende Leistungen.

Das Betriebsergebnis hat sich aufgrund des höheren Rohergebnisses von TEUR –274 im Vorjahr auf TEUR 341 deutlich verbessert. Diese Ergebnisverbesserung resultiert durch die erhöhten Einsatzzahlen.

Im neutralen Ergebnis⁴ wurden folgende Erträge und Aufwendungen verrechnet:

	2005 TEUR	2004 TEUR
<u>Neutrale Erträge</u>		
Erträge aus Kostendeckungsausgleich	315	551
Erträge aus Auflösung von Wertberichtigungen	21	106
Übrige Erträge	15	112
	<u>351</u>	<u>769</u>
<u>Neutrale Aufwendungen</u>		
Aufwand aus Kostendeckungsausgleich	602	827
Einzelwertberichtigung zur Forderung	58	0
Übrige Aufwendungen	3	6
	<u>663</u>	<u>833</u>
	<u>-312</u>	<u>-64</u>

Die Erträge aus Kostendeckungsausgleich resultieren anteilig aus der Verrechnung von Kostenüberdeckungen aus dem Geschäftsjahr 2002 in Höhe von TEUR 16, und anteilig TEUR 212 des Jahres 2003 sowie TEUR 87 des Jahres 2004.

Der Eigenbetrieb hat in den vergangenen Geschäftsjahren das jeweilige Jahresergebnis als rückzahlpflichtige Kostenüberdeckung im Sinne des § 10 Abs. 3 BbgRettG behandelt. Diese Beträge werden erst im (über)nächsten Geschäftsjahr über die Gebührensatzung wirksam, d. h. kostenmindernd in der Gebührenkalkulation berücksichtigt, wodurch sich gleichzeitig die Gebührensätze und die hieraus resultierenden Umsatzerlöse vermindern.

Die Auflösung dieser Rückstellungen im Zeitraum der jeweiligen Einstellung in die Gebührensatzung stellt ein Korrektiv zu den geringeren Gebührenerlösen dar. Gleichzeitig werden die Aufwendungen aus Kostenunterdeckung dem Geschäftsjahr der wirtschaftlichen Entstehung und nicht dem Jahr der Berücksichtigung in der Gebührensatzung zugeordnet. Der Aufwand aus Kostendeckungsausgleich beinhaltet im Wesentlichen das Jahresergebnis des Geschäftsjahres 2005 vor Rückstellungsbildung in Höhe von TEUR 602.

⁴ Erträge und Aufwendungen, die nicht durch die Betriebsführung im Geschäftsjahr bewirkt wurden und sich hinsichtlich des Betriebsergebnisses neutral verhalten.

Erträge und Aufwendungen aus Kostendeckungsausgleich werden in Analogie zum § 277 Abs. 3 Handelsgesetzbuch in der Gewinn- und Verlustrechnung gesondert ausgewiesen.

Das Finanzergebnis resultiert aus Zinserträgen aus kurzfristigen Anlagen von Termingeldern.

Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses und des neutralen Ergebnisses ergibt sich für das Geschäftsjahr 2005 ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 53.

Investitionstätigkeit

Im Berichtszeitraum wurden für TEUR 95 Ersatzinvestitionen in medizinisch-technische Geräte getätigt. Die im Vermögensplan 2005 vorgesehenen Ersatzinvestitionen in Fahrzeuge wurden abweichend vom Plan erst im Februar 2006 abgeschlossen.

Im Zusammenhang mit dem im Vermögensplan vorgesehenen fremdfinanzierten Bau einer neuen Rettungswache in Jüterbog zeichnet sich ab, dass der bisher vorgesehene Grunderwerb nicht erforderlich ist, weil eine kreisliche Liegenschaft in Jüterbog Ende 2005 verfügbar wurde. Die Planungen werden daher angepasst, so dass eine Realisierung voraussichtlich erst 2007 erfolgt. Genehmigte Kreditaufnahmen werden darauf ausgerichtet.

Alle Beschaffungen erfolgten ausschließlich aus Mitteln des Rettungsdienstes.

Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen

Die weitere Entwicklung des Eigenbetriebes wird wesentlich von den Ergebnissen künftiger Gebührensatzverhandlungen mit den Verbänden der Krankenkassen und der Entscheidung des Obergerichtes Berlin/Brandenburg (OVG) zum Normenkontrollantrag der AOK Brandenburg abhängen. Inwieweit das OVG seine bisherige Position zur Auslegung des § 10 Abs. 3 Brandenburgisches Rettungsdienstgesetz alte Fassung auch mit Blick auf die Fassung des Rettungsdienstgesetzes, wie es durch das Gesetz vom 24.05.2004 gefunden hat, korrigiert, muss abgewartet werden.

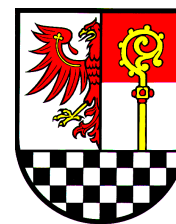
Prüfung des Jahresabschlusses

Gemäß § 26 Absatz 1 EigV ist der Jahresabschluss nach § 117 GO zu prüfen. Die Prüfung des Jahresabschlusses wurde innerhalb von neun Monaten nach Abschluss des Wirtschaftsjahres abgeschlossen und der bestätigte Prüfbericht dem Landesrechnungshof zugesandt. Die Prüfung des Jahresabschlusses 2005 führte zu keinen Einwendungen.

Beschlussfassung und Entlastung

Gemäß § 7 Absatz 1 lit. B der Betriebssatzung und § 7 Nr. 4 und 5 EigV fasst der Kreistag den Beschluss zur Feststellung des Jahresabschlusses. Die Beschlüsse sind ortsüblich bekannt zu machen. Der Jahresabschluss und der Bestätigungsvermerk sind eine Woche an einer bestimmten Stelle der Verwaltung zu jedermanns Einsicht auszulegen.

Landkreis Teltow-Fläming
Rettungsdienst Eigenbetrieb



Jahresabschluss 2005
Rettungsdienst
Eigenbetrieb Landkreis Teltow-Fläming
zum 31.12.2005

A K T I V A

P A S S I V A

	31.12.2005		31.12.2004	
	EUR	TEUR	EUR	TEUR
<u>A. Anlagevermögen</u>				
I. <u>Inmaterielle Vermögensgegenstände</u>				
EDV-Programme	0,00	1		
II. <u>Sachanlagen</u>				
1. Grundstücke und Bauten	465.241,15	495		
2. Technische Anlagen	304.642,08	356		
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	629.923,25	783		
4. Geleistete Anzahlungen	5.848,15	1.635		
	<u>1.405.654,63</u>	<u>1.635</u>		
	1.405.654,63			
<u>B. Umlaufvermögen</u>				
I. <u>Vorräte</u>				
Medikamente und Medizinisches Verbrauchsmaterial	78.800,00	79		
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	929.891,84	931		
2. Forderungen gegen Landkreis Teltow-Fläming	0,00	32		
3. Sonstige Vermögensgegenstände	184.836,46	63		
	<u>1.114.728,30</u>	<u>1.026</u>		
III. <u>Guthaben bei Kreditinstituten</u>	1.983.860,88	1.415		
	<u>3.177.389,18</u>	<u>2.520</u>		
	1.149,00	17		
<u>C. Rechnungsabgrenzungsposten</u>				
	<u>4.594.192,81</u>	<u>4.172</u>		
	4.594.192,81			
<u>A. Eigenkapital</u>				
I. <u>Rücklagen</u>				
Allgemeine Rücklagen	3.014.000,00	3.014		
II. <u>Verlust</u>				
Verlust des Vorjahres	317.400,67	0		
Jahresgewinn	53.320,16	317		
	<u>2.749.919,49</u>	<u>2.697</u>		
B. <u>Sonderposten mit Rücklageanteil</u>				
	72.643,00	84		
C. <u>Rückstellungen</u>				
Sonstige Rückstellungen	1.662.319,00	1.309		
D. <u>Verbindlichkeiten</u>				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 39.631,07 (i.Vj.: TEUR 61)	39.631,07	61		
2. Verbindlichkeiten gegenüber Landkreis Teltow-Fläming davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 29.230,49€ (i.Vj.: TEUR 0)	41.230,50	0		
3. Sonstige Verbindlichkeiten davon a) mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 28.449,75 (i.Vj.: TEUR 21)	28.449,75	21		
b) aus Steuern: EUR 3.742,32 (i.Vj.: TEUR 4)				
c) im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 14.265,74 (i.Vj.: TEUR 15)				
	<u>109.311,32</u>	<u>82</u>		
	<u>4.594.192,81</u>	<u>4.172</u>		
	4.594.192,81			

Rettungsdienst Eigenbetrieb
Landkreis Teltow-Fläming,
Luckenwalde

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom
1. Januar bis 31. Dezember 2005

	<u>EUR</u>	01.01. - 31.12.2005 <u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>2004</u> <u>TEUR</u>
1. Umsatzerlöse		6.788.896,35		5.984
2. Sonstige betriebliche Erträge		<u>347.180,49</u>	7.136.076,84	<u>508</u> 6.492
3. Materialaufwand				
a) Medizinisches Verbrauchsmaterial	187.650,09			183
b) Aufwendungen f. bezogene Leistungen	<u>4.646.369,47</u>			<u>4.449</u>
		4.834.019,56		<u>4.632</u>
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	607.493,11			585
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung davon für Altersversorgung:	168.815,15			163
Euro 62.320,96 (i. Vj.: TEUR 42)				
		<u>776.308,26</u>		<u>748</u>
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		321.788,96		347
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		<u>887.814,06</u>		<u>827</u>
			6.819.930,84	<u>6.554</u>
			<u>316.146,00</u>	-62
7. Zinsen und ähnliche Erträge			<u>23.906,16</u>	<u>21</u>
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			340.052,16	-41
9. Erträge aus Kostendeckungsausgleich			315.474,00	551
10. Aufwand aus Kostendeckungsausgleich			<u>602.206,00</u>	<u>827</u>
11. <u>Jahresgewinn (i. Vj. -verlust)</u>			<u><u>53.320,16</u></u>	<u><u>317</u></u>

ANHANG

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2005

I. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2005 entspricht in seiner Gliederung und Bewertung den Vorschriften der Verordnung über die Eigenbetriebe der Gemeinden (EigV) vom 27. März 1995. Aufgrund des § 22 Absatz 1, Satz 2 EigV finden die Vorschriften für große Kapitalgesellschaften gemäß § 267 Absatz 3 HGB entsprechende Anwendung, soweit sich aus der EigV nichts anderes ergibt.

Durch die Betriebssatzung des Eigenbetriebes wurde kein Stammkapital festgesetzt. Unter Beachtung des § 265 Abs. 8 HGB wurde auf den Ausweis der Position Stammkapital verzichtet.

Durch den Eigenbetrieb wurde im Geschäftsjahr 2005 ein Ergebnis vor der Rückstellung für Rückzahlungsverpflichtungen aus Kostenüberdeckungen des Geschäftsjahres 2005 in Höhe von TEUR 681 erwirtschaftet. Entsprechend dem § 10 Absatz 3 Brandenburgisches Rettungsdienstgesetz sind die in einem Kalkulationszeitraum entstehenden Kostenüber- oder -unterdeckungen im nächsten oder übernächsten Gebührenzeitraum auszugleichen.

Die Kostenüberdeckung im Geschäftsjahr 2005 wurde entsprechend § 6 KAG i.V.m. § 11 GemHV ermittelt und in Höhe von TEUR 602 in die Rückstellungen eingestellt.

II. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Gegenstände des Sachanlagevermögens und immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, die entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer angesetzt werden, bilanziert.

Geringwertige Wirtschaftsgüter werden entsprechend § 6 Abs. 2 EStG im Zugangsjahr voll abgeschrieben und im Zweijahresrhythmus in den Abgang gestellt.

Abschreibungen nach § 254 HGB aufgrund steuerrechtlicher Vorschriften wurden nicht in Anspruch genommen.

In Höhe des ständig vorzuhaltenden Bestandes an Medikamenten und medizinischen Verbrauchsmaterials weist der Jahresabschluss einen Festwert nach § 240 Abs. 3 HGB aus.

Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden erkennbare Einzelrisiken durch Wertberichtigungen berücksichtigt. Pauschalwertberichtigungen wurden in Höhe von drei Prozent gebildet.

Sonderposten werden in gleicher Höhe wie die anteilig mit Zuwendungen finanzierten Sachanlagen ausgewiesen.

Die Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Die Verbindlichkeiten sind mit den Rückzahlungsbeträgen bilanziert.

III. Angaben zur Bilanz

Zur Zusammensetzung und Entwicklung des Anlagevermögens nach einzelnen Positionen sei auf den beigefügten Anlagennachweis verwiesen.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bestehen nicht.

Die sonstigen Vermögensgegenstände haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten beinhaltet bis zum Jahr 2007 geleistete Mietvorauszahlungen zur Nutzung einer Rettungswache.

Die sonstigen Rückstellungen setzen sich zum Stichtag wie folgt zusammen:

	01.01.2005 EUR	Verbrauch EUR	Auflösung EUR	Einstellung EUR	31.12.2005 EUR
Rückzahlungsverpflichtung					
Krankenkassen	703.137,00	315.474,00	0,00	602.206,00	989.869,00
Streitwert Normenkontrollverfahren	352.000,00	0,00	0,00	0,00	352.000,00
Altersteilzeit	154.200,00	34.100,00	0,00	100.400,00	220.500,00
Brandenburgische Unfallkasse	32.200,00	0,00	0,00	8.300,00	40.500,00
Mietwagenabrechnung	24.000,00	0,00	0,00	0,00	24.000,00
Prozesskosten	20.000,00	5.649,95	0,05	0,00	14.350,00
Jahresabschlussprüfung	12.000,00	12.000,00	0,00	12.000,00	12.000,00
Jahresabschlusserstellung	3.500,00	2.436,00	1.064,00	3.500,00	3.500,00
Prüfung Hilfsorganisationen	0,00	0,00	0,00	3.500,00	3.500,00
nicht genommener Urlaub	8.200,00	8.200,00	0,00	2.100,00	2.100,00
	1.309.237,00	377.859,95	1.064,05	732.006,00	1.662.319,00

Die Verbindlichkeiten des Eigenbetriebes zum 31. Dezember 2005 haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis Teltow-Fläming betreffen im Wesentlichen Verbindlichkeiten des Eigenbetriebes aus Leistungen des Landkreises, aus durch den Landkreis übernommenen Zahlungsverpflichtungen sowie aus Rückzahlungsverpflichtungen des Eigenbetriebes für gewährte Zuschüsse zur Leitstelle.

Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt bestanden zum Stichtag TEUR 4. Verbindlichkeiten aus sozialer Sicherheit bestanden zum Stichtag in Höhe von TEUR 14.

Bürgschaften und sonstige Haftungsverhältnisse im Sinne des § 251 HGB bestanden zum Stichtag nicht.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen im Sinne des § 285 Nr. 3 HGB ergeben sich aus Mietverträgen und Nutzungsvereinbarungen in Höhe von TEUR 756.

IV. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse des Eigenbetriebes gliedern sich für den Berichtszeitraum entsprechend der Einsätze (ohne Fehleinsätze) wie folgt auf:

	2005 EUR	2004 EUR
Rettungstransportwagen	4.179.139,59	3.638.349,42
Krankentransportwagen	637.453,85	553.316,58
Notarzteinsatzfahrzeug	1.206.190,77	1.124.863,11
Notarztpauschale	754.655,44	658.605,85
Brandabsicherung	11.456,70	8.305,40
	<u>6.788.896,35</u>	<u>5.983.440,36</u>

Der Jahresabschluss weist für den Berichtszeitraum Erträge aus der Auflösung von Sonderposten in Höhe von TEUR 11 aus.

Die periodenfremden Erträge in Höhe von TEUR 4 betreffen im Wesentlichen Zahlungseingänge auf in Vorjahren abgeschriebene Forderungen.

Die im Jahresabschluss ausgewiesenen periodenfremden Aufwendungen in Höhe von TEUR 1 betreffen im Wesentlichen Rechnungen für Medikamente, deren Lieferung im Vorjahr erfolgte.

V. Sonstige Angaben

Zuständige Organe des Eigenbetriebes sind:

1. Kreistag
2. Kreisausschuss
3. Landrat
4. Werkleitung

Mit der Werkleitung des Eigenbetriebes ist der Leiter des Ordnungsamtes, Herr Günther Dübe betraut. An Herrn Dübe und an die Mitglieder der zuständigen Organe des Eigenbetriebes wurden im Berichtszeitraum für ihre Tätigkeit in dieser Funktion keine Bezüge gewährt.

Anzahl der Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)

	2005	2004
Angestellte	13	13
Beamte	<u>4</u>	<u>4</u>
	<u>17</u>	<u>17</u>

Luckenwalde, den 31.03.2006

Günther Dübe
Werkleiter, Rettungsdienst
Eigenbetrieb Landkreis Teltow-Fläming

Rettungsdienst
Eigenbetrieb Landkreis Teltow-Fläming,
Luckenwalde

Anlagennachweis für das Geschäftsjahr 2005

Posten des Anlagevermögens	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen				Restbuchwerte am Ende des WJ 31.12.2005	Restbuchwerte am Anfang des WJ 01.01.2005	Kennzahlen	
	Anfangsbestand	Zugang	Abgang	Umbuchungen	Endstand	Anfangsbestand	Zugang	Abgang	Enstand			Durchschn. Abschreibungs-	Durchschn. Restbuch-
	01.01.2005				31.12.2005	01.01.2005			31.12.2005			satz (%)	wert (%)
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Immaterielle Vermögensgegenstände	7.099,20	0,00	0,00	0,00	7.099,20	5.916,20	1.183,00	0,00	7.099,20	0,00	1.183,00	16,66	0,00
Grundstücke und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	582.581,43	0,00	0,00	0,00	582.581,43	88.067,77	29.272,51	0,00	117.340,28	465.241,15	494.513,66	5,02	79,86
Technische Anlagen	596.931,08	3.781,60	0,00	0,00	600.712,68	241.310,48	54.760,12	0,00	296.070,60	304.642,08	355.620,60	9,12	50,71
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.551.353,33	85.394,85	103.186,13	0,00	1.533.562,05	767.887,86	236.573,33	100.822,39	903.638,80	629.923,25	783.465,47	15,43	41,08
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	5.848,15	0,00	0,00	5.848,15	0,00	0,00	0,00	0,00	5.848,15	0,00		
	2.737.965,04	95.024,60	103.186,13	0,00	2.729.803,51	1.103.182,31	321.788,96	100.822,39	1.324.148,88	1.405.654,63	1.634.782,73	11,79	51,49

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2005

A. Geschäftsverlauf

Unverändert zum Vorjahr war der Eigenbetrieb im Geschäftsjahr 2005 mit den Aufgaben des Landkreises nach dem Brandenburgischen Rettungsdienstgesetz betraut.

Die unmittelbare Durchführung des Rettungsdienstes erfolgte wie in den Vorjahren durch die beauftragten Leistungserbringer.

Die auf den acht Rettungswachen vorgehaltenen Kapazitäten blieben zum Vorjahr unverändert. Die notärztliche Sicherstellung der vier Notarztstandorte erfolgte durch das Evangelische Krankenhaus Ludwigsfelde (Ludwigsfelde, Zossen) und das DRK Krankenhaus Luckenwalde (Luckenwalde, Jüterbog).

Für die Leistungen des Rettungsdienstes wurden bis zum 31. Januar 2005 Gebühren auf der Grundlage der Gebührensatzung vom 16.02.2004 und ab dem 1. Februar 2005 auf der Grundlage der Gebührensatzung vom 14.02.2005 erhoben.

Aufgrund der Entwicklung der Kosten und Leistungen des Rettungsdienstes wurden die Gebührensätze für Leistungen des Rettungsdienstes für das Jahr 2006 neu kalkuliert. Der Entwurf einer Gebührensatzung 2006 wurde dem Kreistag zur Beschlussfassung im Februar 2006 mit Rückwirkung zum 1. Januar 2006 zugeleitet.

Auf den Geschäftsverlauf wirkten sich im Berichtszeitraum folgende Rahmenbedingungen wesentlich aus:

Änderung der Krankentransport-Richtlinie

Die im Januar 2004 in Kraft getretene neue Krankentransport-Richtlinie ist Grundlage für die Verordnung von Beförderungsleistungen für Kranke, so unter anderem auch des qualifizierten Krankentransportes, welcher gesetzlich normiert durch den Rettungsdienst durchzuführen ist.

In Umsetzung dieser Richtlinie hat sich die Anzahl der abrechenbaren Einsätze im Bereich des qualifizierten Krankentransportes von 4.701 im Geschäftsjahr 2003 auf 3.623 Einsätze im Berichtszeitraum deutlich verringert, woraus sich vor allem für die Prognose einer bedarfsorientierten Vorhaltung an Personal und der entsprechenden Technik erhebliche Risiken ergaben.

Des Weiteren zieht die Einführung der Genehmigungspflicht für Krankentransporte einen deutlich erhöhten Abstimmungs- und Verwaltungsaufwand sowohl für die verordnenden Ärzte als auch für die Leitstelle und die Abrechnungsstelle des Rettungsdienstes nach sich.

Rettungsdienst als Leistungsreserve im vertragsärztlichen Versorgungssystem

Der Rettungsdienst fungiert immer stärker als Leistungsreserve für das vertragsärztliche Versorgungssystem/Bereitschaftssystem. Die Grenzen zwischen dem hausärztlichen (kassenärztlichen) Versorgungssystem und Notfallrettung verwischen sich zunehmend zu Lasten des Rettungsdienstes. Im ländlichen Bereich wird diese Entwicklung durch strukturelle Probleme befördert.

Im Zuge dieser Entwicklung stiegen die Einsatzzahlen in der Notfallrettung im Berichtszeitraum zum Vorjahr um 7,09 Prozent (RTW) bzw. 6,46 Prozent (NEF). Damit hat sich auch im Geschäftsjahr 2005 die Tendenz des Anstiegs der Einsatzzahlen in der Notfallrettung fortgesetzt.

Änderung des Arbeitszeitgesetzes – Umsetzung 48 Stunden-Woche

Die Umsetzung des neuen Arbeitszeitgesetzes, welches die durchschnittliche wöchentliche Höchstarbeitszeit auf 48 Wochenstunden beschränkt, führt zur Anpassung der Anzahl der Vollzeit-Stellen bei den Leistungserbringern. Dabei werden aber mit den Leistungserbringern tarifliche Gestaltungsspielräume erschlossen, um auf Veränderung bei den einzelnen Leistungen des Rettungsdienstes flexibel zu reagieren.

B. Darstellung der Lage des Eigenbetriebes

Im Rahmen von Ersatzinvestitionen wurden im Berichtszeitraum für TEUR 95 medizinische Geräte und andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattungen aus Eigenmitteln des Eigenbetriebes erworben.

Der Vermögensplan für das Geschäftsjahr 2005 sieht neben diesen Ersatzinvestitionen die Anschaffung von zwei Rettungstransportwagen, zwei Notarztfahrzeugen und zwei Krankentransportwagen vor. Die Lieferung dieser Fahrzeuge erfolgte abweichend zum Plan erst im Februar 2006.

Weiterhin sieht der Vermögensplan für das Geschäftsjahr 2005 den fremdfinanzierten Bau einer neuen Rettungswache in Jüterbog vor. Der bisher geplante Erwerb eines Grundstücks wurde Ende 2005 hinfällig. Es zeichnete sich ab, dass 2006 eine kreisliche Liegenschaft verfügbar wird, auf die sich entsprechende Planungen ausrichten sollen. Die neue Wache wird deshalb voraussichtlich erst im Geschäftsjahr 2007 realisiert werden. Genehmigte Kredite sind darauf anzupassen.

Die Bilanzsumme des Eigenbetriebes erhöhte sich zum Stichtag im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 422 auf TEUR 4.594, wobei sich die Anlagenintensität von 39,3 Prozent um 8,6 Prozentpunkte auf 30,7 Prozent verringerte. Gleichzeitig sank die Eigenkapitalquote des Eigenbetriebes im Vergleich zum Vorjahr um 5,3 Prozentpunkte auf 61,4 Prozent.

Die Werkleitung sieht in dem Abbau der Anlagenintensität und der Eigenkapitalquote keine dauerhafte Erscheinung. Diese Entwicklung ist zum einen der periodenverschobenen Ersatzinvestition und zum anderen der kurzfristigen aber deutlichen Erhöhung der Bilanzsumme durch die Einstellung kurzfristiger Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen bei gleichzeitigem Aufbau der flüssigen Mittel geschuldet.

Für die gewöhnliche Geschäftstätigkeit ermittelt sich ein Cashflow in Höhe von TEUR 660, wobei sich der Cashflow aus Investitionstätigkeit in Höhe von TEUR –91 beziffert. Der Finanzmittelfonds des Eigenbetriebs erhöhte sich im Berichtszeitraum um TEUR 569 auf TEUR 1.984.

Bei einer stichtagsbezogenen Liquidität 1. Grades in Höhe von 112,79 Prozent und einem Verschuldungsgrad von 38,6 Prozent war die Liquidität des Eigenbetriebes im Berichtszeitraum jederzeit gesichert.

Die Kreditlinie bei der Kreissparkasse Teltow-Fläming wurde im Geschäftsjahr nicht in Anspruch genommen.

Die Umsatzerlöse 2005 aus Leistungen des Rettungsdienstes betreffen:

Leistung	Erlöse EUR	Einsätze*	abgerechnete Kilometer**
Rettungswagen	4.179.139,59	11.830	472.647
Krankentransportwagen	637.543,85	3.623	195.917
Notarzteinsatzfahrzeug	1.206.190,77	6.712	214.373
Notarztpauschale	754.655,44		
Brandabsicherung	11.456,70	33	
	6.788.986,35	22.198	882.937

*Beim Einsatz eines Notarzteinsatzfahrzeuges entsteht sowohl die Gebühr für das Fahrzeug als auch die Notarztpauschale. Es kommt jedoch nicht zu einem gesonderten Einsatz. Bei der Brandabsicherung handelt es sich um Einsätze. ** gebührenwirksame Leistung

Der Wirtschaftsplan 2005 weist hingegen eine geplante Gesamtleistung von 27.100 Abrechnungsvorgängen und 801.400 Leistungskilometern aus.

Bei den Einsatzzahlen der Notfallrettung kam es unter Berücksichtigung jährlicher Schwankungen zu einem (unvorhersehbaren) deutlich höheren Leistungszuwachs als nach dem Jahresvergleich und der Planung zu erwarten war. Im Berichtszeitraum wichen die geleisteten Einsätze des Rettungstransportwagens und des Notarztes vom Planansatz um über 9 Prozent ab, gegenüber dem Vorjahr betrug die Steigerung 7 Prozent.

Gleichzeitig ist im Bereich des Krankentransportes eine negative Ergebnis-Plan-Abweichung von 2,00 Prozent entstanden.

Die deutlich höheren Einsatzzahlen 2005 in der Notfallrettung sind für die zum Wirtschaftsplan um TEUR 431 höheren Umsatzerlöse verantwortlich.

Neben den Umsatzerlösen haben auch Minderausgaben für die Personalkosten der Leistungserbringer im Bereich des fahrenden Personals in Höhe von TEUR 98 und Einsparungen von Abschreibungen in Höhe von TEUR 62 das Jahresergebnis positiv beeinflusst.

Der Jahresgewinn für das Geschäftsjahr 2005 errechnet sich unter Berücksichtigung von anwendbaren Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes (KAG) wie folgt:

	<u>TEUR</u>
Jahresüberschuss vor Verrechnung	
Kostenüberdeckung 2005	655
Kostendeckungsausgleich 2005 nach § 6 KAG	<u>-602</u>
Jahresgewinn	<u><u>53</u></u>

Der Kostendeckungsausgleich 2005 wurde unter Berücksichtigung des § 6 KAG i. V. m. § 11 GemHV ermittelt und in die Rückstellungen eingestellt.

Dieser Betrag ist entsprechend § 10 Abs. 3 BbgRettG n.F. spätestens in der übernächsten Rechnungsperiode gebührenwirksam zu stellen.

C. Hinweise auf wesentliche Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Änderung des Brandenburgischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes - Leitstelle

Durch den § 10 Gesetz über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz des Landes Brandenburg (BbgBKG) vom 24. Mai 2004 sind die Landkreise gehalten, ihre Leitstellen mit den Berufsfeuerwehren mit bis zu fünf Regionalleitstellen zusammenzuschließen. Nach einer hierzu in Vorbereitung befindlichen Rechtsverordnung des Ministeriums des Innern soll die Leitstelle des Landkreises bei der Leitstelle der Berufsfeuerwehr Brandenburg bis zum 31.12.2008 aufgabenseitig eingehen.

Zu diesem Zeitpunkt könnte die Zuordnung der Leitstelle zum Eigenbetrieb gegenstandslos werden.

Der Landkreis wird aber anteilig die für sein Gebiet zuständige Regionalleitstelle und die technische Infrastruktur des in Einführung befindlichen Digitalfunks und der digitalen Alarmierung weiter zu finanzieren haben. Insgesamt wird von einer Senkung der Kosten und damit auch des zu erstattenden Kostenanteils für den Brand- und Katastrophenschutz, der durch den Landkreis getragen wird, ausgegangen.

Die Einführungs- und laufenden Kosten, einschließlich für Übergangslösungen, des digitalen Funknetzes und damit der Kostenanteil für den Rettungsdienst sind angesichts des gegenwärtigen Arbeitsstandes mit einem nicht abschätzbaren Risiko behaftet.

Leistungsentwicklung

Für das Geschäftsjahr 2006 rechnet die Werkleitung mit einer nachhaltigen Verschiebung der Ertragslage zwischen den Leistungsbereichen Notfallrettung und Krankentransport. Ein ausgeglichenes Betriebsergebnis wird wesentlich durch die Notfallrettung bewirkt. Die Entwicklung kann strukturelle Veränderungen zur Folge haben, die auf einen Leistungsanteil des qualifizierten Krankentransportes unter 9 Prozent abstellen.

Kostenentwicklung

In den nächsten Jahren wird durch die geänderten Grundlagen der Vergütung (Tarifverträge) und einen schrittweisen Generationswechsel im Personal mit einer Stagnation bzw. auch leichten Rückgang der Ausgaben pro Kopf beim Personal gerechnet. Hingegen wird es bei den Sachausgaben aufgrund Steuererhöhungen ab 2007 zu einer deutlichen Kostensteigerung kommen.

Sonstiges

Die Werksleitung hat für das Geschäftsjahr 2006 aufgrund des Ergebnisses 2005 eine Überarbeitung der gültigen Gebührensatzung vorgenommen. Für das Geschäftsjahr 2006 rechnet die Werksleitung mit einem dem Wirtschaftsplan entsprechenden Jahresergebnis.

Normenkontrollantrag zur Gebührensatzung Rettungsdienst 2003

Auf den durch das Oberverwaltungsgericht Brandenburg – Berlin (OVG) zugelassenen Normenkontrollantrag vom 22. Februar 2005 der AOK für das Land Brandenburg zur Gebührensatzung Rettungsdienst 2003 wurde durch die anwaltliche Vertretung der Kanzlei Prof. Dombert aus Potsdam mit fachlichem Beistand erwidert.

Neben der Frage des Leistungsbegriffs nach dem Rettungsdienstgesetz ist sich mit der Kostenverteilung bei der Leitstelle und der Anwendung von Buchführungsvorschriften auf den Rettungsdienst auseinander zu setzen. Eine erste gerichtliche Stellungnahme kann vor Ende 2006 nicht erwartet werden.

Nachträgliche Auswirkungen des Normenkontrollverfahrens zur Gebührensatzung 2003 auf die Gebührensatzungen 2004 und möglicherweise 2005 können nicht ausgeschlossen werden.

Unter Berücksichtigung der monatlich im Voraus an die Leistungserbringer zu zahlenden Abschläge ist im Falle des Erfolges des Normenkontrollverfahrens mit einer ernsten Schwächung der Liquidität des Eigenbetriebes zu rechnen.

Sonstige Risiken

Bei den zum Stichtag gegenüber Selbstzahlern und Krankenkassen bestehenden Forderungen aus Leistungen besteht ein Gebührenaussfallwagnis. Aufgrund gerichtlicher Entscheidungen könnten diese dauerhaft zu Lasten des Eigenbetriebes gehen, wenn deren Gebührenrelevanz seitens der Kostenträger nicht anerkannt wird.

Luckenwalde, den 31. März 2006

Günther Dübe
Werkleiter, Rettungsdienst
Eigenbetrieb Landkreis Teltow-Fläming